

# Der antisemitische Nobelpreisträger Johannes Stark und seine völkische Wochenschrift „Volks-Gemeinschaft“

von Marc Rothballer

## 1. Einleitung

Die Weimarer Republik war nicht nur eine Zeit politischer Instabilität, sondern auch eine Phase intensiver medialer Auseinandersetzungen. In der wachsenden Landschaft rechtsnationaler Publikationen dienten zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften als Sprachrohr für völkische und antisemitische Ideologien, die wesentlich zur Radikalisierung des politischen Klimas beitrugen. Ein eindrückliches Beispiel dafür aus der Nordoberpfalz ist die Wochenschrift *Volks-Gemeinschaft*, herausgegeben von Johannes Stark, einem oberpfälzischen Antisemiten und Nobelpreisträger für Physik.

Diese Zeitschrift richtete sich gegen die Weimarer Demokratie und den „Verrat“ von Versailles, während sie die Vision einer „Volksgemeinschaft“ propagierte – eine autoritäre Gesellschaft, gegründet auf rassischer Homogenität und der Überwindung von Klassen- und Konfessionsgrenzen. In den Texten der *Volks-Gemeinschaft* spiegeln sich nicht nur Starks politische Überzeugungen, sondern auch sein völkisch geprägtes Menschenbild wider.

In diesem Beitrag wird untersucht, wie Stark historische Ereignisse – von der Novemberrevolution bis zur Ruhrbesetzung – durch antisemitische und antidemokratische Verschwörungserzählungen deutete und propagandistisch nutzte. Im Mittelpunkt stehen dabei die folgenden Fragen: Welche Themen dominierten die *Volks-Gemeinschaft* und wie wurden sie propagandistisch verwendet? Wie wurden historische Ereignisse ideologisch umgeformt und in ein Verschwörungsnarrativ eingebettet? Und welche Rückschlüsse lassen sich aus den Texten der Wochenschrift auf Starks Menschen- und Weltbild ziehen?

Diese Analyse beleuchtet damit nicht nur ein lokales Beispiel der rechtsnationalen Publizistik der Weimarer Republik, sondern zeigt auch, wie stark der lange „wegen seiner geistigen und sittlichen Haltung als vorbildlich für die Jugend“<sup>1</sup> verklärte Nobelpreisträger Stark<sup>2</sup> in die völkische Bewegung eingebunden war und seine wissenschaftliche Autorität zur Verbreitung völkischer Ideologien einsetzte.

---

1 Gertrud BENKER, Heimat Oberpfalz, Regensburg 1965, S. 353.

2 Vgl. die Reihe ahistorischer Biogramme von Bernhard HESS, Johannes Stark 1874–1957. Nobelpreisträger für Atomphysik, in: Sigrid FÄRBER (Hg.), Bedeutende Oberpfälzer, Regensburg 1981, S. 201–206 sowie Wolfgang RAPPEL, Stark Johannes, in: Karl BOSL (Hg.), Bosls Bayerische Biographie. 8000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten, Regensburg 1983, S. 746.

## 2. Die Weimarer Republik 1923/24

Die Anfangsjahre der Weimarer Republik waren geprägt von tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen, die den Kontext für die Entstehung völkisch-nationalistischer Publikationen bildeten. Besonders die Jahre 1923 und 1924 standen im Zeichen von Krisen, die das Vertrauen in die junge Demokratie erschütterten und radikalen Bewegungen Auftrieb gaben.<sup>3</sup>

Der Erste Weltkrieg und der Versailler Vertrag hatten schwerwiegende Folgen für Deutschland. Der Vertrag, der 1919 unterzeichnet wurde, galt in weiten Teilen der Bevölkerung als „Schandfrieden“ und Symbol nationaler Demütigung. Reparationsforderungen, Gebietsverluste und militärische Beschränkungen polarisierten die Weimarer Gesellschaft. Vor allem die Politik der „Erfüllung“, mit der die Weimarer Regierungen die Reparationsverpflichtungen zunächst zu erfüllen versuchten, um deren Untragbarkeit zu demonstrieren, wurde von der politischen Rechten als Verrat gebrandmarkt.

Die Ruhrbesetzung ab Januar 1923 verschärfte die Krise weiter. Als Reaktion auf die schleppende Erfüllung der Reparationszahlungen besetzten französische und belgische Truppen das industrielle Herz Deutschlands. Der passive Widerstand gegen die Besetzung wurde im Herbst 1923 eingestellt, was von der völkischen Presse als Zeichen der Schwäche der Reichsregierung ausgelegt wurde.

Parallel dazu erlebte Deutschland die Hyperinflation von 1923, deren Auswirkungen verheerend waren. Der rasante Wertverlust der Reichsmark führte zur Vereinigung breiter Bevölkerungsschichten und zerstörte das Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Stabilität der Republik. Erst die Einführung der Rentenmark im November 1923 brachte eine vorläufige Beruhigung, doch Anfang 1924 waren die sozialen und wirtschaftlichen Folgen noch allgegenwärtig.

Neben den wirtschaftlichen Verwerfungen trugen politische Morde und Umsturzversuche zur Destabilisierung der Republik bei. Die Morde an Matthias Erzberger im August 1921 und an Walther Rathenau im Juni 1922 sowie der gescheiterte Hitler-Ludendorff-Putsch im November 1923 sind nur drei Beispiele für die zunehmende Gewaltbereitschaft extremistischer Gruppen. Besonders in Bayern, das unter dem Generalstaatskommissar Gustav von Kahr faktisch autonom von Berlin agierte, fanden rechtsradikale und völkische Bewegungen wie die NSDAP einen fruchtbaren Boden.

Bayern entwickelte sich zu einem Zentrum völkischer Agitation, die in der Vorstellung einer „Volksgemeinschaft“ gipfelte. Dieses Konzept propagierte eine klassenlose, harmonische Einheit des deutschen Volkes, die der als dekadent und zersetzend wahrgenommenen Demokratie der Weimarer Republik entgegengesetzt wurde. Antisemitismus bildete dabei ein zentrales Element. Juden wurden als volksfremde Feinde dieser Einheit und als angebliche Drahtzieher einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ stigmatisiert.

Im internationalen Kontext geriet Anfang 1924 der Dawes-Plan in den Fokus. Dieser sah eine Neuordnung der Reparationszahlungen und eine verstärkte internationale Kontrolle über die deutsche Wirtschaft vor. In völkischen Kreisen wurde der Plan als weiterer Beweis für die Fremdbestimmung Deutschlands und als Mahnung

---

<sup>3</sup> Siehe ausführlich bei Martin HILLE, Revolutionen und Weltkriege – Bayern 1914 bis 1945, Köln 2018, S. 109–134.

für die Notwendigkeit einer nationalen Erneuerung interpretiert. In diese Zeit fällt das Erscheinen der nachfolgend analysierten Wochenschrift.

### 3. Die „Volks-Gemeinschaft“ und ihr Herausgeber

#### 3.1 Johannes Stark als politischer Agitator

Johannes Stark, geboren am 15. April 1874 auf dem Weiler Schickenhof im heutigen Landkreis Amberg-Sulzbach,<sup>4</sup> war Physiker, Nobelpreisträger und überzeugter Antisemit.<sup>5</sup>

Stark, der in einfachen bäuerlichen Verhältnissen aufwuchs, machte sich früh einen Namen als Experimentalphysiker. Nach seinem Studium der Physik, Chemie und Kristallographie in München promovierte er 1897 und forschte zu Spektroskopie und Ionenstrahlen, was ihm 1919 den Nobelpreis für Physik für die Entdeckung des nach ihm benannten Stark-Effekts einbrachte. Diese wissenschaftliche Auszeichnung hob ihn – zumindest kurzzeitig – in den Olymp der internationalen Physikergemeinschaft, zumal der Preisverleihung an einen Deutschen ein Jahr nach dem Ende des Ersten Weltkrieges auch eine politische Dimension zukam.

Doch hinter seinem bis dahin zweifellos wertvollen Beitrag zur Physik verbarg sich ein schwieriger Charakter. Stark war für seine Streitsucht und grenzenlose Selbstüberschätzung bekannt.<sup>6</sup> Er wechselte häufig seine Positionen, lehrte unter anderem an den Universitäten Hannover, Aachen, Greifswald und Würzburg, wo er jedoch stets in Konflikte mit den Kollegen geriet – und weiterzog.<sup>7</sup> Seine Abneigung gegen die theoretische Physik – insbesondere die Relativitätstheorie Einsteins – und seine Schwierigkeiten im Umgang mit mathematischen Konzepten führten zu einer zunehmenden Isolation innerhalb der Wissenschaft. Wie STÖCKER resümiert: „Bei den Streitigkeiten zwischen Stark und anderen Physikern ging es meistens um die Theorien, wie z.B. die Relativitätstheorie, die Quantentheorie und Quantenmechanik oder das Bohrsche Atommodell. Alle mit der Mathematik zusammenhängenden Fragen bereiteten Stark erhebliche Schwierigkeiten.“<sup>8</sup> Zeitgenossen beschrieben ihn als ausgezeichneten Experimentator, der jedoch unfähig war, sich in die wandelnde Welt der modernen Physik zu integrieren.

Nach seinem streitbedingten Rücktritt in Würzburg 1922 zog Stark sich ins Privatleben und in die Oberpfalz zurück. Vom Preisgeld des Nobelpreises baute er in Ullersricht eine Villa, erwarb umfangreiche Land- und Waldbesitze und wurde

---

4 Evang.-Luth. Pfarramt Kaltenbrunn, Taufmatrikel 1874, Eintrag Nr. 9 v. 19.4.1874; siehe zur Genealogie umfassend Gottfried GLOCKNER, Ortsfamilienbuch Freihung-Thansüß: fünfzehntes bis zwanzigstes Jahrhundert, hg. von Marc ROTHBALLER, Luxembourg 2019, hier Nr. 3674.

5 Siehe dazu Walter STÖCKER, Der Nobelpreisträger Johannes Stark (1874-1957): eine politische Biographie, Tübingen 2001.

6 Er giftete gegen Max Planck und war entrüstet, als Eilhard Wiedemann, der Herausgeber der „Annalen der Physik und Chemie“, einen seiner Artikel ablehnte, vgl. STÖCKER, Nobelpreisträger (wie Anm. 5) S. 13 f. Siehe zu Starks Wesen auch bei Alan D. BEYERCHEN, Wissenschaftler unter Hitler: Physiker im Dritten Reich, Köln 2018, S. 147f.

7 Vgl. STÖCKER, Nobelpreisträger (wie Anm. 5) S. 21–25.

8 Ebd., S. 15.

Aktionär der Bavaria Porzellanmanufaktur AG und später auch Ziegeleibesitzer. In Weiden begann er, sich verstkt politisch zu engagieren. Seine Verbitterung über den wissenschaftlichen Betrieb, den er als „von jüdischem Einfluss“ unterwandert betrachtete, verband sich mit einer radikalen völkischen Ideologie. Gemeinsam mit Philipp Lenard<sup>9</sup> propagierte er die sogenannte „Deutsche Physik“, die sich gegen die Theorien jüdischer Wissenschaftler wie Einstein richtete.<sup>10</sup> BEYERCHEN kommt zu dem Schluss: „Der spezielle Anlaß für Starks Hinwendung zum politischen Extremismus war sein Rücktritt in Würzburg im Jahre 1922 und seine Unfigkei, sich – trotz seines Nobelpreises – eine andere Stellung zu beschaffen. Er fühlte sich betrogen und fand, wie Lenard, Trost im Zusammenschluß mit den völkischen Elementen, die bei der Bekämpfung des Systems die grte Durchschlagskraft bewiesen“.<sup>11</sup>

Als Vorsitzender der Vaterländischen Vereine Weidens<sup>12</sup> trat er bereits in den frühen 1920er Jahren in Kontakt zur aufstrebenden NSDAP und Hitler.<sup>13</sup> 1923 schrieb er an den Generalkommissar von Bayern Gustav Ritter von Kahr, dass sich dieser der Unterstützung der Vereine versichern könne und diese sich „sehnlichst [wünschten], dass es Eurer Exzellenz gelingen möge, alle vaterländischen Verbände Bayerns zu einigen und Herrn Hitler, der der deutschen Freiheitsbewegung die Bahn gebrochen hat, für die Mitarbeit zu gewinnen.“<sup>14</sup> Im selben Jahr besuchte Stark eine Rede Hitlers in München und machte dessen persönliche Bekanntschaft. Als Hitler später im Jahr den Umsturz versuchte, fur Stark, teils auf Bitten Weidener Nationalsozialisten, v.a. aber auch aus eigenem Antrieb, nach München, um sich ein Bild von der Lage zu machen.<sup>15</sup>

Stark verkehrte in völkischen und antisemitischen Kreisen und rezipierte deren Schriften,<sup>16</sup> wie wir aus seiner Wochenschrift erfahren werden. In diesen Netzwerken nahm er eine aktive, gestaltende Rolle ein.

9 Philipp Lenard (1862–1947) war ein österreichisch-ungarisch-deutscher Physiker und Nobelpreisträger (1905) für seine Arbeiten zu Kathodenstrahlen. Wrend er wesentliche Beiträge zur Entwicklung der Elektronentheorie leistete, trat er ab den 1920er Jahren als überzeugter Antisemit, Unterstützter der NSDAP und gemeinsam mit Stark als Initiator der „Deutschen Physik“ hervor, die moderne Theorien wie die Relativitätstheorie aus rassistischen Motiven ablehnte.

10 Zur wissenschaftshistorischen und -theoretischen Bedeutung dieser Bewegung siehe ausführlich bei BEYERCHEN, Wissenschaftler (wie Anm. 6). Die „Deutsche Physik“ wurde von einer Reihe antisemitisch und völkisch geprägter Physiker vertreten. Sie betonten die Bedeutung von Experimenten und Beobachtungen in der Physik und versuchten darzulegen, dass die „Rasse“ des Beobachters unmittelbaren Einfluss auf die Ausrichtung seiner Arbeit habe. Lenards Schriften zählten zu den grundlegenden Werken dieser entwissenschaftlichten Physik; aber auch Starks Schriften, insb. ber den „Nationalsozialismus und Wissenschaft“ (1934), waren programmatisch, vgl. BEYERCHEN, Wissenschaftler (wie Anm. 6) S. 172–175. Die Anhänger dieser Bewegung waren bestrebt, den Einfluss der modernen theoretischen Physik zurckzudrgen und wissenschaftliche Gegner als „jüdisch denkend“ zu diskreditieren, vgl. ebd., S. 194.

11 BEYERCHEN (wie Anm. 6) S. 170.

12 Vgl. Weidener Anzeiger [WA] v. 26.9.1923, Nr. 220.

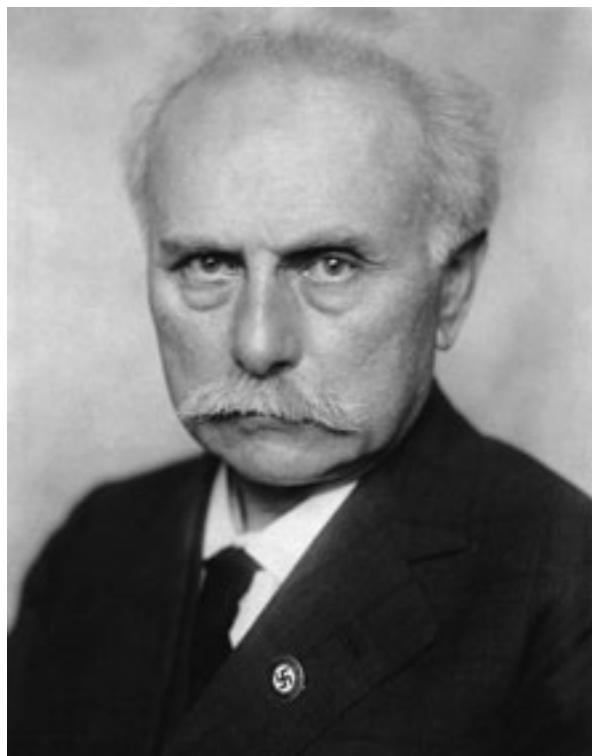
13 Ende September 1923 richteten die Vereinigten Vaterländischen Verbände Weidens Unterstützungsschreiben an Kahr und an Hitler, in denen sie die Hoffnung zum Ausdruck brachten, das beide „zum Besten von Reich und Bayern, im Interesse des deutschen Freiheitskampfes, Hand in Hand arbeiten werden“, WA v. 30.9.1923, Nr. 224.

14 Schreiben Starks v. 29.9.1923 an Kahr, zit. n. STÖCKER (wie Anm. 5) S. 38.

15 Vgl. Johannes STARK, Erinnerungen eines deutschen Naturforschers, hg. von Andreas KLEINERT, Mannheim 1987, S. 111.

16 So etwa die Werke von Albrecht WIRTH, Quer durch die Gegenwart, München 1922 und Henry FORD, Der internationale Jude: Ein Weltproblem, Leipzig 1920/22.

Abb. 1: Johannes Stark mit Parteiaabzeichen am linken Revers, ca. 1940  
(Bild: ullstein bild)



Wenngleich der völkische Nationalismus in der agrarisch-katholisch geprägten Oberpfalz nur langsam Fuß fassen konnte, so entwickelten sich doch auch hier entsprechende Gruppierungen.<sup>17</sup> Bereits seit 1920 existierte in Weiden eine Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes unter der Leitung des späteren NS-OBs Hans Harbauer;<sup>18</sup> ebenfalls von ihm geleitet wurde die im Dezember 1922 gegründete Ortsgruppe der NSDAP.<sup>19</sup> Im Sommer und Herbst des Jahres 1923 fan-

17 Siehe etwa Bernhard PIEGSA, „Warum denn weinen, wenn ein Putsch zu Ende geht?“ Der aufhaltsame Aufstieg der NSDAP in Sulzbach/Rosenberg, in: *Facetten des Nationalsozialismus in der Oberpfalz*, Amberg 2014, S. 234–254, hier S. 235 sowie Albrecht BALD, „Braun schimmert die Grenze und treu steht die Mark!“ Der NS-Gau Bayerische Ostmark/Bayreuth 1933–1945, Bayreuth 2014, S. 52. Zur Sozialstruktur der frühe(n) NSDAP-Ortsgruppen siehe Axel RÖHM, *Die Mitglieder der frühen (NS)DAP (1919 bis 1922): Zur Sozialstruktur in den Ortsgruppen München, Rosenheim, Landshut, Passau und Mannheim*, in: Jürgen W. FALTER (Hg.), *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*, Frankfurt 2016, S. 361–379.

18 Hans Harbauer (1885–1966) war Spediteur und NSDAP-Politiker (Eintritt 8/1925, Mitgliedsnr. 13.877), der von 1933–1945 als NS-OB von Weiden amtierte. In seiner Amtszeit förderte er den NS-Siedlungsbau und kulturelle Projekte, zudem war er maßgeblich an der Judenverfolgung, „Arisierung“ und Zwangseigentum in Weiden beteiligt. Nach Kriegsende wurde er als „Belasteter“ entnazifiziert.

19 Vgl. Sebastian SCHOTT, „Den schurkischen Verrätern Hitler und Ludendorff ist jede Gefolgschaft zu verweigern“. Zu den Anfängen des Nationalsozialismus und zur Geschichte des Hitlerputsches 1923 in Weiden, in: *Oberpfälzer Heimat* 59 (2015) S. 5–24, hier S. 8 f.

den auch in Weiden „vaterländische“ Veranstaltungen und Demonstrationen statt,<sup>20</sup> am 22/23. September luden die völkischen Verbände „Reichsflagge“, „Bayern und Reich“ und „Jung Bayern“ unter dem Motto „Deutschland erwache!“ nach Weiden ein.<sup>21</sup> Am 1. Dezember 1923, wenige Wochen nach dem gescheiterten Hitler-Ludendorff-Putsch, ließ die bayerische Staatsregierung alle vaterländischen Verbände entwaffnen.<sup>22</sup> Schon am Folgetag versuchte Stark im *Weidener Anzeiger* (WA), die Bedeutung der vaterländischen Verbände hervorzuheben und sie vor repressiven Maßnahmen in Schutz zu nehmen.<sup>23</sup> Er sah die Verpflichtung aller Deutschen, sich „auf die große gemeinsame deutsche Aufgabe“<sup>24</sup> zu konzentrieren.<sup>25</sup>

Am 8. Dezember gründete er schließlich in Weiden eine Ortsgruppe des Deutschen Freiheitsbundes<sup>26</sup> und übernahm deren Vorsitz.<sup>27</sup> Diese Vereinigung, ein Sammelbecken für rechtsradikale, völkische und nationalistische Kreise, setzte sich das Ziel, eine autoritäre, rassistisch homogene „Volksgemeinschaft“ zu schaffen. Stark als Vorsitzender nutzte den Freiheitsbund, um seine völkischen und antisemitischen Ideen auf lokaler Ebene zu organisieren und zu verbreiten.

Der Freiheitsbund entstand im September 1922 in Berlin als Zusammenschluss deutschvölkischer Gruppierungen.<sup>28</sup> Sein erklärtes Ziel war die „Befreiung von der ‚Herrschaft des Judentums‘, vom ‚Terror der Straße‘, von der ‚Willkür des Parlamentarismus‘ und vom ‚Versailler Schandfrieden‘.“<sup>29</sup> Während die Reichsführer des Bundes aus prominenten Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei bestand,<sup>30</sup> war die Organisation auf lokaler Ebene vor allem eine Plattform für radikale völkische Agitatoren. Starks Ortsgruppe in Weiden diente als regionaler Arm dieser

20 Vgl. SCHOTT, Verrätern (wie Anm. 19) S. 10f.

21 Vgl. WA v. 20.9.1923, Nr. 215.

22 Vgl. Christoph HÜBNER, Bund „Bayern und Reich“, 1921-1935, publiziert am 11.5.2006; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bund\\_-'Bayern\\_und\\_Reich'\\_-1921-1935](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bund_-'Bayern_und_Reich'_-1921-1935)

23 „[D]ie vaterländischen Verbände sind genau so notwendig wie vor dem 8. November, ja notwendiger denn zuvor. Denn noch bestehen die Ursachen weiter, welche die Sammlung von deutschbewußten Männern in Verbänden notwendig machen. Noch regiert in Reich und Land der Parlamentarismus, [...] stehen weite Kreise des deutschen Volkes unter der Herrschaft des Marxismus und der hinter ihm stehenden kapitalistischen Mächte“, WA v. 2.12.1923, Nr. 277.

24 WA v. 2.12.1923, Nr. 277.

25 In einem weiteren Artikel kritisierte er die Regierung Marx I scharf, forderte Neuwahlen und rief dazu auf, das parlamentarische System zugunsten einer nationalen Diktatur zu überwinden vgl. WA v. 6.12.1923, Nr. 280.

26 Vgl. Sebastian SCHOTT, ‚Weiden a mechtige kehille‘ – Eine jüdische Gemeinde in der Oberpfalz vom Mittelalter bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, Pressath 1999, S. 167, der auf den Halbmonatsbericht der Regierung der Oberpfalz v. 17.12.1923 Bezug nimmt. Allerdings war der Gründer der OG nicht Oberarzt Ernst Stark, wie bei Schott genannt, sondern tatsächlich Johannes Stark. Siehe zur Ankündigung der Veranstaltung auch WA v. 8.12.1923, Nr. 282.

27 Vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 5.

28 Vgl. Deutsche Zeitung v. 19.9.1922, Nr. 416.

29 BArch, R 1507/309, fol. 3.

30 Der Bund ging aus einer Bewegung in der Deutschnationalen Volkspartei hervor, zu den Gründern zählten der DVNP-Politiker Wilhelm Henning (1879–1943) und Major a.D. Hans Weberstedt, späterer Presseleiter der NSDAP-Reichstagsfraktion, vgl. BArch R 1507/309, fol. 15, Vermerk des Reichskommissars für Überwachung der öffentl. Ordnung v. 17.11.1922. Bereits im Dezember warnte Innenminister Severing im Preußischen Landtag vor den verfassungsfeindlichen Bestrebungen des Bundes, siehe Vorwärts v. 21.10.1922, Nr. 499. Im März 1923 fand eine Namensänderung in „Deutsche Freiheitspartei“ statt, „um durch das Vorhandensein parlamentarischer Vertreter gegen Verbot gesichert zu sein.“ vgl. BArch, R 1507/309, fol. 42, Notiz v. 17.3.1923.

Bewegung und wollte die breite Bevölkerung – „Industriearbeiter und Bauern, Gewerbetreibende und Beamte“<sup>31</sup> – ansprechen.

Als Vorsitzender der Ortsgruppe war Stark einer der maßgeblichen lokalen Ideengeber und Agitatoren der völkischen Bewegung.<sup>32</sup> Im WA meldete er sich nach dem gescheiterten Putsch zu Wort und brachte subtil Kritik an Kahr und Sympathien für Hitler<sup>33</sup> zum Ausdruck: Zwar lehnte er Putschmethoden gezwungenermaßen ab, doch äußerte er Verständnis für die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung, pries deren „nationalen Willen“ und entschuldigte den „Überschwang“ der Jugend und meinte damit die Putschisten.<sup>34</sup>

Die Aktivitäten des Weidener Freiheitsbundes umfassten öffentliche Versammlungen,<sup>35</sup> Vorträge<sup>36</sup> und „gesellige Abende“,<sup>37</sup> bei denen völkische und antisemitische Propaganda verbreitet wurde. Die Programmatik des Bundes war deckungsgleich mit Starks persönlicher Ideologie: Sie forderte die Überwindung von Klassen- und Konfessionsgrenzen zugunsten einer rassisch reinen<sup>38</sup> „Volksgemeinschaft“<sup>39</sup> und propagierte die Rückkehr zu einer völkischen, autoritären Ordnung. Diese sei nur durch die „Befreiung des deutschen Volkes von der Herrschaft international-kapitalistischer Mächte in der Politik und in der Wirtschaft“ möglich; es gelte, „die Befreiung aller deutschen Stämme aus den Sklavenketten des Versailler Vertrags und ihre Einigung in einem großen deutschen Reich auf bundesstaatlicher Grundlage“<sup>40</sup> in Angriff zu nehmen. Diese Ziele wollte der Bund neben Vorträgen auch durch Einflussnahme auf willige politische Parteien erreichen.<sup>41</sup>

Bereits Mitte Februar 1924 legte Stark allerdings den Vorsitz der Ortsgruppe nieder, möglicherweise aufgrund von Kritik an seiner Person. Ein Bericht im WA spricht

---

31 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 5.

32 In zwei Artikeln im WA tritt Stark als Vertreter der völkischen Bewegung hervor und beansprucht die Meinungsführerschaft: „Den zahlreichen Landsleuten, welche mich in diesen Tage nach meiner Meinung gefragt haben oder fragen möchten, will ich darum an dieser Stelle sagen, wie die Dinge stehen“, WA v. 21.11.1923; siehe auch WA v. 28.11.1923, Nr. 273.

33 Siehe dazu auch VG v. 22.2.1924, Nr. 8, S. 3: „Wenn Hitler am 8. November auch in der Wahl des Zeitpunktes zum Losschlagen und in der Wahl seiner Bundesgenossen Kahr und Lossow fehlgriff, so hatte er doch mit der Erkenntnis recht, daß dem deutschen Volk nicht mit Reden, sondern allein mit der Tat gedient sei [...] und wir wissen jetzt, daß Hitler nicht blos ein großer Redner, sondern auch ein Mann der Tat ist.“

34 Deutlich wird Starks Kritik an Kahr in VG v. 22.2.1924, Nr. 8, S. 2.

35 Die Weidener OG wollte auch die Gründung weiterer Ableger in anderen Städten unterstützen, vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 5. Zugleich scheint mit der „Deutschvölkischen Gemeinschaft“, in der auch Harbauer mitwirkte, eine weitere völkisch-nationalistische Vereinigung in Weiden aktiv gewesen zu sein, vgl. WA v. 6.2.1924, Nr. 31. Der Völkische Block wiederum lud am 24. Februar ins Café Lobinger und in den Haindlsaal zu einem Vortrag des früheren Justizministers Christian Roth, vgl. WA v. 23.2.1924, Nr. 46.

36 Am 25.1.1924 wurde ein zunächst angekündigter Sprechabend im Café Lobinger verschoben, vgl. WA v. 26.1.1924, Nr. 22.

37 Der Bund veranstaltete am 14.1.1924 einen „Geselligen Abend“ im Hotel Post mit „Vorträge[n] über das deutsche Volk, deutsche[r] Dichtung und musikalische[n] Darbietungen“, WA v. 12.1.1924, Nr. 10.

38 Stark spricht von „Männer und Frauen deutschen Blutes“, vgl. VG. v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 5.

39 Der Bund wollte eine Vereinigung aller „deutschbewußten Männer unter dem Banner der deutschen Freiheit zur politischen Aufklärung“ sein, vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 5. Zu diesem Zwecke hätten sich „deutschbewußte Männer aus allen vaterländischen Verbänden und allen Berufsständen im Deutschen Freiheitsbunde zusammengefunden“, vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 5.

40 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 5.

41 Vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 5.

von „ebenso hämischen wie unbegründeten Angriffen“ auf Stark. Von der übrigen Vorstandschaft wurde ihm „das unverminderte Vertrauen und die uneingeschränkte Dankbarkeit für seine selbstlose und opferbereite Betätigung“ ausgesprochen.<sup>42</sup>

### 3.2 Eckdaten zur Zeitschrift

Die *Volks-Gemeinschaft: Wochenschrift für Politik und Wirtschaft*<sup>43</sup> war ein kurzlebiges Medium der völkischen Presse in der nördlichen Oberpfalz. Sie erschien erstmals am 4. Januar 1924. Herausgegeben von Johannes Stark, wurde sie von seinem Wohnsitz in Ullersricht bei Weiden aus betreut und in der Druckerei Karl Knauf in Weiden produziert. Mit einem monatlichen Bezugspreis von 30 Goldpfennig<sup>44</sup> und einem wöchentlichen Erscheinungsrhythmus (freitags) richtete sich die Zeitschrift vor allem an ein regionales Publikum in der Oberpfalz.

Die erste Ausgabe umfasste acht Seiten, bereits ab der zweiten Nummer reduzierte sich der Umfang auf vier Seiten. Diese Kürzung könnte auf den Arbeitsaufwand zurückzuführen sein, denn Stark verfasste als einziger Autor und Redakteur sämtliche Inhalte selbst. Die einheitliche Sprache und Stilistik der Artikel lassen keinen Zweifel daran,<sup>45</sup> dass die Wochenschrift das alleinige Kind ihres Herausgebers war.<sup>46</sup>

Ein kleiner Anzeigenteil – anfangs ganzseitig, später nur noch als kurzer Abschnitt – war ebenfalls Bestandteil der Zeitschrift. Dieser wurde vor allem zur Eigenwerbung für die Aktivität des Freiheitsbundes genutzt.<sup>47</sup>

Die genaue Auflagenhöhe der *Volks-Gemeinschaft* ist nicht bekannt, es ist jedoch davon auszugehen, dass die Zeitschrift vornehmlich in der nördlichen Oberpfalz größere Verbreitung fand. Stark bewarb sie zu ihrem Erscheinen im *WA*<sup>48</sup> und wandte sich in erster Linie an ein rechtsnational orientiertes Bürgertum sowie an die ländliche Bevölkerung.<sup>49</sup> Er beschrieb die Wochenschrift als überparteilich, sie wolle „die Wahrheit über die treibenden Kräfte in der Politik und Wirtschaft rücksichtslos sagen, auch das, was die meisten Zeitungen nicht offen zu sagen wagen.“<sup>50</sup> Die Texte waren bewusst einfach gehalten, um eine breite Leserschaft zu erreichen. Komplexe

---

42 Vgl. *WA* v. 15.2.1924, Nr. 38.

43 Die Zeitschrift ist überliefert an der BSB München, 4 Eph.pol. 102 i.

44 Die Goldmark bezeichnete den Gegenwert einer bestimmten Menge Feingold. Auf Goldmark lautende Beträge waren in Einheiten der jeweiligen offiziellen Währung zahlbar.

45 Allein der Wortbestandteil „international“ taucht auf den 40 Seiten der Zeitung 215 Mal auf, „Jude“ (81) und „jüdi“ (221) ebenfalls auffallend oft.

46 Auch besteht eine sprachliche Ähnlichkeit zu den bereits erwähnten Beiträgen Starks im *WA*. An einer Stelle, siehe *VG* v. 1.2.1924, Nr. 5, S. 4, spricht der Autor über sich selbst und sein Eintreten für politische Positionen und gibt damit seine Identität als Stark preis.

47 Aufruf zur Gründung und Unterstützung weiterer OG, Hinweis auf einen geselligen Abend am 12.1.1924 sowie die Bücherei des Bundes im Büro der Kartoffeltrocknung, vgl. *VG* v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 8; aber auch Werbung der Landwirtschaftlichen Industrie- und Handels-AG Weiden (vgl. *VG* v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 8), für einen geselligen Abend mit Vorträgen und Darbietungen am 14.1.1924 (vgl. *VG* v. 11.1.1924, Nr. 2, S. 4), einen Sprechabend des Bundes am 25.1.1924 (vgl. *VG* v. 18.1.1924, Nr. 3, S. 4), für die Wochenschrift selbst (vgl. *VG* v. 25.1.1924, Nr. 4, S. 4). Die späteren Ausgaben enthalten keinen Annoncenanteil.

48 Vgl. *WA* v. 5.1.1924, Nr. 4.

49 In diesem Zusammenhang fallen die Artikel ins Auge, die sich mit den Produktions- und Marktbedingungen der Landwirtschaft befassen.

50 *VG* v. 25.1.1924, Nr. 4.



Abb. 2: Zeitungskopf der „Volks-Gemeinschaft“ (Bild: Rothballer)

Zusammenhänge wurden auf emotionalisierte Narrative reduziert – vor allem antisemitische Verschwörungserzählungen und die Kritik an der Weimarer Demokratie. Mit dieser Strategie versuchte Stark, die Bevölkerung für völkische Ideen zu gewinnen und gegen das parlamentarische System zu mobilisieren.

Bereits mit der neunten Ausgabe vom 29. Februar 1924 stellte die *Volks-Gemeinschaft* ihr Erscheinen wieder ein. Stark erklärte in der letzten Ausgabe, die Zeitschrift habe ihre Aufgabe als Übergangsmedium erfüllt, da die repressiven Maßnahmen Gustav von Kahrs gegen die völkische Presse nach dessen Rücktritt<sup>51</sup> aufgehoben worden seien.<sup>52</sup> Diese Lockerung fiel zeitlich mit der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage, aber auch mit dem Beginn des Prozesses gegen die Putschisten Hitler und Ludendorff Ende Februar 1924 zusammen. Der Prozess lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit auf die völkische Bewegung und bot Hitler eine Bühne, um seine Ideologie in allen Medien zu verbreiten.

Tatsächlich dürfte für die Einstellung auch die geringe Reichweite der Publikation eine Rolle gespielt haben, ebenso wie die finanziellen und organisatorischen Herausforderungen für einen Einzelautor wie Stark.

Trotz ihres kurzen Erscheinungszeitraums bietet die Zeitschrift ein denkwürdiges Beispiel dafür, wie Johannes Stark seine wissenschaftliche Reputation nutzte, um völkische Propaganda zu verbreiten. Die *Volks-Gemeinschaft* war weniger ein Massenmedium als vielmehr ein ideologisches Werkzeug, das Stark gezielt einsetzte, um seine Vorstellungen in die regionale Öffentlichkeit zu tragen.

51 Kahr trat am 28. Februar 1924 zurück, was das Ende einer Phase autoritärer Kontrolle in Bayern markierte. Während seiner Amtszeit hatte Kahr versucht, völkische und radikal-nationalistische Bewegungen zu entwaffnen und zu mäßigen, vgl. HILLE, Revolutionen (wie Anm. 3) S. 126-128, nach seinem Rücktritt jedoch lockerten sich die Restriktionen. Die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Eugen von Knilling schlug eine moderatere Linie ein, die es auch völkischen Publikationen ermöglichte, wieder zu erscheinen.

52 VG v. 29.2.1924, Nr. 9, S. 4.

## 4. Dominierende Themen und ihre propagandistische Verwendung

### 4.1 Antisemitische Stereotype

Antisemitismus durchzog alle Ausgaben der *Volks-Gemeinschaft* und war das zentrale Leitmotiv. Starks Texte bedienten sich antisemitischer Stereotype und Verschwörungserzählungen, die auf einfache Erklärungsmuster reduzierten und Juden als die vermeintlich Verantwortlichen für sämtliche politischen, sozialen und wirtschaftlichen Missstände darstellten.

„Der Jude“ wird als das personifizierte Übel gezeichnet, das angeblich die deutsche Gesellschaft systematisch unterwandere und zerstöre. Stark greift wiederholt auf klassische Verschwörungserzählungen zurück, etwa indem er behauptet, die Russische Revolution wäre vornehmlich ein jüdisches Unternehmen gewesen, und zum Beweis dafür die „jüdischen Namen“ von Lenin (Cederblum), Trotzki (Bronstein) und Sinowiew (Apfelbaum) anführt.<sup>53</sup> Auch historische Unwahrheiten wie die vom völkischen Rasseforscher Albrecht Wirth behauptete jüdische Abstammung von US-Präsident Woodrow Wilsons Mutter („soll eine Jüdin von Taganrog am Asowschen Meere gewesen sein“)<sup>54</sup> finden Eingang in seine Texte.<sup>55</sup>

Stark sprach vom „verheerenden Einfluß“ des Judentums auf das „geistige Leben des deutschen Volkes durch Literatur, Zeitungen und Kino“<sup>56</sup> und setzte den „jüdischen Verführern“<sup>57</sup> die völkische „Volksgemeinschaft“ entgegen. Er konstruierte ein Bild von Juden als einer fremden, volksfeindlichen Macht, die außerhalb und gegen die deutsche Gemeinschaft stünde.

Besonders scharf griff er jüdische Intellektuelle und politische Bewegungen an. So nannte er die Aussagen der deutschen Frauenrechtlerinnen Anita Augspurg und Lida Heymann, dass die Franzosen durch die Haltung der deutschen Industrie zur Besetzung des Ruhrgebiets gezwungen worden seien, eine „Frechheit jüdischer Pazifisten-Weiber“ und diffamierte sie: „Die Bezeichnung ‚deutsche Frauenrechtlerinnen‘ ist irreführend; die drei Frauenzimmer sind nicht Deutsche, sondern Jüdinnen, die in Deutschland ihren Unfug treiben. Sie sind Judenweiber, welche etwas abnormal nach der männlichen Seite veranlagt sind [...]. Diese Judenweiber haben die Frechheit[,] sich im Ausland als deutsche Frauen aufzuspielen und in jüdischem Haß gegen das deutsche Volk zu hetzen.“<sup>58</sup>

<sup>53</sup> Vgl. VG v. 8.2.1924, Nr. 6, S. 3. Diese Verschwörungserzählung findet sich bereits beim völkisch-nationalistischen Publizisten Theodor Fritsch, siehe DERS., Handbuch der Judenfrage. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zur Beurteilung des jüdischen Volkes, Hamburg 1919, S. 547.

<sup>54</sup> Vgl. VG v. 8.2.1924, Nr. 6, S. 4. Wirth (1866–1936) war Historiker, Weltreisender und völkischer „Rassenforscher“. Er lehrte Kolonial- und Weltgeschichte an der TH München, unternahm zahlreiche Forschungsreisen und publizierte umfangreich zur Welt- und Kulturgeschichte. Ab 1919 vertrat er antisemitische und völkische Positionen, war Mitglied im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund sowie Autor beim Völkischen Beobachter. Wilsons Mutter und ihre Vorfahren stammten aus England bzw. Schottland.

<sup>55</sup> Auch aus Karl Liebknecht macht Stark einen Juden, vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2; gleiches gilt für den französischen Staatspräsident Alexandre Millerand (1859–1943), der nicht nur „ein Jude“, sondern auch „Vertrauensmann des internationalen Kapitals“ sei, vgl. VG v. 11.1.1924, Nr. 2, S. 2.

<sup>56</sup> VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2.

<sup>57</sup> VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 1.

<sup>58</sup> VG v. 22.2.1924, Nr. 8, S. 4.

Juden wurden in der *Volks-Gemeinschaft* nicht nur als volksfremd, sondern als existentielle Bedrohung für die „deutsche Volksgemeinschaft“ dargestellt. Stark behauptete, Juden hätten die Revolution von 1918 angestiftet, um die deutsche Gesellschaft zu untergraben, und sie gäben den politischen Ton in der Weimarer Republik an: Aus „dem Hintergrund dirigieren sie [die Juden; MRJ] Minister und Parteiführer.“<sup>59</sup>

Stark bemüht sich, seinen Antisemitismus mit pseudowissenschaftlichen Begründungen zu untermauern. Er verknüpft antisemitische Stereotype mit einer „wissenschaftlich“ klingenden Argumentation, spricht etwa von „Hochfinanzjuden“<sup>60</sup> und vom „international-jüdischen Kapital“. Diese Begriffe sollten den Eindruck erwecken, dass es sich um objektive Analysen handelte, obwohl sie lediglich der Mobilisierung von Ressentiments dienten. Ein zentrales Narrativ war die Behauptung, dass das „international-jüdische Kapital“ berechnend darauf abziele, Deutschland auszubeuten. Stark warnte: „Die grundlegende politische und wirtschaftliche Frage ist für die Gegenwart die Auseinandersetzung zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk. Man muß den Verstand haben, diese Wahrheit zu erkennen, und man muß den Mut aufbringen, sie auch zu bekennen.“<sup>61</sup>

Die antisemitische Rhetorik der *Volks-Gemeinschaft* wollte einfache und emotional aufgeladene Feindbilder schaffen, die Leser in Angst und Empörung versetzten. Indem Stark Juden als Ursache sämtlicher Probleme darstellte, bot er simple Lösungen für komplexe gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen an. Diese Strategie war darauf ausgelegt, die Bevölkerung für völkische Ideen zu mobilisieren, die demokratische Ordnung zu delegitimieren und den Hass auf Juden zu schüren.<sup>62</sup>

#### 4.2 Die Idee der „Volksgemeinschaft“

Die „Volksgemeinschaft“ bildete das zentrale ideologische Konzept der gleichnamigen Wochenschrift und diente Johannes Stark als Schlüsselbegriff für seine politische und weltanschauliche Propaganda. In seinen Texten focht er für eine Gesellschaftsordnung, die auf rassischer Homogenität und nationaler Einheit beruhte, während er Klassenkämpfe, konfessionelle Konflikte und politische Differenzen als Bedrohung dieser Einheit darstellte.

Für Stark war die Volksgemeinschaft die Antwort auf die Schwäche der deutschen Nation nach dem Ersten Weltkrieg. „Die Uneinigkeit, der Kampf von Deutschen gegen Deutsche hat das deutsche Volk schwach gemacht und der Ausbeutung durch seine äußerer und inneren Feinde ausgeliefert.“<sup>63</sup> Diese Uneinigkeit, so Stark, müsse überwunden werden, indem alle Menschen „deutschen Blutes“<sup>64</sup> – unabhängig von

---

59 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2.

60 VG v. 22.2.1924, Nr. 8, S. 1.

61 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2.

62 Stark gibt den Juden sogar eine Mitschuld an dem, was sich bereits abzuzeichnen beginnt: „Auf jüdischer Seite ist es ein schwerer Fehler, die offene Kritik des schädlichen jüdischen Einflusses zu unterdrücken. Man verstärkt dadurch die Agitation von Mund zu Mund, und muß gewärtigen, daß eines Tages die Erbitterung über die jüdischen Machenschaften in einer sehr gefährlichen Explosion gegen alle Juden sich Luft macht und die Unschuldigen mit den Schuldigen trifft“, VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2.

63 VG v. 25.1.1924, Nr. 4, S. 3.

64 VG v. 25.1.1924, Nr. 4, S. 3.

Stand, Klasse, Konfession oder Landesgrenzen<sup>65</sup> – eine klassenlose und harmonische Einheit bildeten.

Die Volksgemeinschaft wurde dabei als Gegenentwurf zur Demokratie der Weimarer Republik dargestellt, die Stark als „zersetzend“ und fremdbestimmt kritisierte. Die Volksgemeinschaft war für ihn das Mittel zur Wiederherstellung der deutschen Größe: „dann werden sie [die Deutschen; MR] die Großmäuler der politischen Parteien zum Schweigen bringen, werden den internationalen Hetzern und Ausbeutern das Handwerk legen, die deutsche Macht wiederherstellen und alle deutschen Stämme in einem freien großen deutschen Reich sammeln.“<sup>66</sup> Die Volksgemeinschaft würde, so war Stark überzeugt, „den jüdischen Profitgedanken, den deutschen Gedanken des Klassenkampfes überwinden, er wird das fremde Gift der konfessionellen Hetze ausstoßen.“<sup>67</sup>

Die soziale und religiöse Spaltung bezeichnete er als Werk jüdischer und marxistischer Kräfte,<sup>68</sup> sie müssten zugunsten eines nationalen Zusammenhalts beseitigt werden. „Wenn ein Deutscher seine Volksgenossen ausbeutet, so ist dies viel schlimmer, als wenn ein Jude die ihm volksfremden Deutschen ausnimmt.“<sup>69</sup> Die Vorstellung einer rassischen Homogenität war dabei zentral: Juden konnten in diesem Konzept keine Rolle spielen und wurden als Bedrohung für die Einheit des Volkes dargestellt.

Stark verwendete gelegentlich auch biologistische Metaphern, um die Volksgemeinschaft zu beschreiben. So verglich er die deutsche Gesellschaft mit einem lebenden Körper, der durch innere und äußere Einflüsse geschwächt werden könne: „Ungefähr ein Drittel der Bevölkerung des heutigen Deutschen Reiches ist in der Landwirtschaft beschäftigt. Was bedeutet dies, wenn dieses Drittel in Elend kommt, für das ganze Volk? Es ist genau so wie beim menschlichen Körper; wenn ein Drittel desselben krank und schwach ist, so leidet der ganze Körper.“<sup>70</sup> Solche Bilder dienten dazu, seine Leser emotional anzusprechen und die Volksgemeinschaft als natürliche und alternativlose Ordnung darzustellen.

Eine besondere Bedeutung sollte dabei in Starks Augen auch der Jugend zukommen. Er forderte deren gezielte Erziehung im Sinne völkischen Gedankenguts, da sie die „völkische Zukunft“<sup>71</sup> garantiere. Indem er die Jugend zur Trägerin der nationalen Erneuerung stilisierte, versuchte Stark, die Idee der Volksgemeinschaft langfristig zu verankern.

#### 4.3 Kritik an der Weimarer Demokratie

Johannes Stark nutzte seine Wochenschrift auch, um die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik konsequent zu delegitimieren. In seinen Artikeln prangerte er die demokratischen Institutionen und Akteure als korrupt, fremdbe-

---

65 Vgl. VG v. 29.2.1924, Nr. 9, S. 1.

66 VG v. 25.1.1924, Nr. 4, S. 3.

67 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 1.

68 Stark spricht vom „böse[n] Dämon unter den Völkern“ und meint damit das „international-jüdische Kapital“, vgl. VG v. 11.1.1924, Nr. 2, S. 3.

69 VG v. 4.1.1924, Nr. 1 S. 2.

70 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 5.

71 VG v. 25.1.1924, Nr. 4, S. 3.

stimmt und volksfeindlich an. Seine Kritik zielte darauf ab, das politische System der Republik als Ursache für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme darzustellen. Stark verachtete den Parlamentarismus<sup>72</sup> und bezeichnete die Weimarer Verfassung als „ein Unglück für das deutsche Volk“<sup>73</sup>. Für ihn waren die politischen Parteien Ausdruck einer egoistischen und eigennützigen Führungsschicht, die das deutsche Volk betrog: „[D]ie Parteiführer benützen [sic] die Parteien[,] um sich und ihren Schildknappen Vorteile zu verschaffen und die Führer gewisser Parteien werden wieder von Mächten, die sich nicht offen zeigen dürfen, zur Erreichung ihrer Ziele ausgenutzt.“<sup>74</sup> Er unterstellte den demokratischen Akteuren, bewusst gegen die Interessen des Volkes zu handeln, um sich persönliche Macht und Reichtum zu sichern.<sup>75</sup>

Besonders verachtete er den Prozess der Koalitionsbildung („Kuhhandel“) und behauptete, hinter allen Regierungskoalitionen stünden „immer dieselben Drahtzieher, die Vertreter des internationalen Kapitals“<sup>76</sup>, die das deutsche Volk in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit führten.

Eine zentrale Behauptung war, dass das parlamentarische System „das internationale Kapital zum Herren über Deutschland gemacht“<sup>77</sup> habe und die Demokratie lediglich eine Fassade für die Kontrolle durch dieses sei. Diese Verschwörungserzählung verband wirtschaftliche Kritik mit antisemitischen Stereotypen, indem sie suggerierte, dass jüdische Eliten hinter der Demokratie stünden und diese nutzten, um Deutschland auszubeuten.

Starks Lösung für die angebliche „Krise der Demokratie“ war die Abschaffung des Parlamentarismus zugunsten einer autoritären Diktatur.<sup>78</sup> Zu diesem Zwecke sollten sich die völkischen Parteien durchaus die Mechanismen der Demokratie zunutze machen und sie von innen heraus ausschalten.<sup>79</sup> Er stellte fest, dass durch das aggressive Agieren nationalistischer Kreise bereits völkisches Gedankengut „in alte politische Parteien eingedrungen ist und sie zwingt, den völkischen Gedanken in ihr Programm aufzunehmen.“<sup>80</sup> Nach dem gescheiterten Putsch und den repressiven Maßnahmen gegen die völkische Bewegung sei es nun „erste Aufgabe der vaterländischen Männer“, politische Arbeit zu leisten, denn: „Der militärische Weg zur Freiheit des deutschen Volkes ist verbaut. Nun heißt es[,] auf dem politischen Wege das Ziel zu erreichen.“<sup>81</sup>

Die Volksgemeinschaft war das Gegenmodell zur Demokratie, Stark forderte eine Regierung, die nicht von Parteien oder Parlamenten, sondern von einer starken

---

72 Er spricht vom „Schwindel des Parlamentarismus“, VG v. 18.1.1924, Nr. 3, S. 1, und dem „Schwindel der Demokratie“, VG v. 29.2.1924, Nr. 9, S. 4.

73 VG v. 18.1.1924, Nr. 3, S. 1, siehe auch ebd., S. 2. Stark spricht auch von „der noch [!] geltigen Verfassung von Weimar“, vgl. VG v. 18.1.1924, Nr. 3, S. 1, und fordert ihre Revision, vgl. VG v. 15.2.1924, Nr. 7, S. 3.

74 VG v. 8.2.1924, Nr. 6, S. 2.

75 Siehe dazu weiter in VG v. 8.2.1924, Nr. 6, S. 2.

76 VG v. 18.1.1924, Nr. 3, S. 1.

77 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2.

78 Siehe dazu VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 4.

79 Stark dazu: „Unsere Waffe sei *zunächst* der Wahlzettel“, VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 4, Herv. d. d. Verf.

80 VG v. 29.2.1924, Nr. 9, S. 2.

81 Hier und zuvor VG v. 11.1.1924, Nr. 2, S. 4; siehe auch VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 4.

Führungs Persönlichkeit geleitet werde – ein Gedanke, der mit der nationalsozialistischen Ideologie übereinstimmte.<sup>82</sup>

Starks Kritik an Weimar war also darauf ausgerichtet, die Bevölkerung gegen das bestehende System zu mobilisieren. Durch seine polemischen Texte schuf er eine Dichotomie zwischen der „verräterischen Demokratie“ und der „rettenden Volksgemeinschaft“. Seine Leser wurden aufgerufen, sich der völkischen Bewegung anzuschließen,<sup>83</sup> um die Republik zu überwinden und eine neue Ordnung zu schaffen.<sup>84</sup>

#### 4.4 Wirtschaftspolitik und der Kampf gegen das „internationale Kapital“

Die Wirtschaftspolitik war ein weiteres zentrales Thema in der *Volks-Gemeinschaft*. Johannes Stark lieferte eine völkisch-antisemitische Interpretation der wirtschaftlichen Probleme der Weimarer Republik. Im Zentrum seiner Propaganda stand das Konzept des „internationalen Kapitals“, das er als Hauptursache für die wirtschaftliche Notlage Deutschlands darstellte. Diese Verschwörungserzählung verband wirtschaftliche Kritik mit antisemitischen Stereotypen.

Stark lehnte Freihandel und Globalisierung vehement ab und prangerte den Einfluss ausländischer Märkte auf die deutsche Wirtschaft an. Er behauptete, dass deutsch-russische Getreidehandelsfirmen „fast ausschließlich in jüdischen Händen“<sup>85</sup> seien und dass die Importe aus Russland und Ungarn den Preisverfall bei deutschem Roggen verursachten.<sup>86</sup> Seine Lösung war ein protektionistischer Ansatz: Er forderte Schutzzölle,<sup>87</sup> um insbesondere die deutsche Landwirtschaft vor „internem und externem Judentum“ zu schützen.

Stark warnte auch: „Das Ziel des internationalen Kapitals ist Ausbeutung der deutschen Arbeitskraft. Es will den deutschen Industriearbeiter, Bauer, Ingenieur und Beamten für sich arbeiten lassen. Zu diesem Zweck soll die deutsche Volkswirtschaft so internationalisiert werden, daß der Ertrag der deutschen Arbeit nicht den arbeitenden deutschen Ständen, sondern dem internationalen Kapital zu gute kommt.“<sup>88</sup> Diese Darstellung schuf einen konkreten Sündenbock für die ökonomische Misere und sollte den Eindruck erwecken, dass die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands durch die angeblich jüdisch dominierte Finanzwelt gesteuert würden.

---

<sup>82</sup> Als Zwischenschritt auf dem Weg zur Überwindung der Weimarer Verfassung und der Demokratie galt es in Starks Augen, zuerst die politische Mehrheit für die völkischen Parteien zu erringen. Neben und anstelle des Parlamentarismus und einer demokratisch gewählten Regierung sollte in Bayern nach Starks Ansicht eine Vertretung der arbeitenden Stände treten, und über allem sollte ein König stehen, vgl. VG v. 18.1.1924, Nr. 3, S. 2 und VG v. 15.2.1924, Nr. 7, S. 3. In diesem Staatsmodell käme dem Ständehaus die eigentliche Bedeutung zu, das politische Parlament bezeichnet Stark damit als „überflüssig“, es müsse aber pro forma vorübergehend noch „in Kauf genommen“ werden, vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 5.

<sup>83</sup> „Alle völkischen Verbände in allen Teilen Deutschlands haben aber dasselbe große Ziel, das völkische Bewußtsein zu wecken und dem deutschen Volk die Freiheit zu erkämpfen. Sie unterscheiden sich nur durch das Temperament und durch den Grad der Entschiedenheit, mit der sie zur Judenfrage Stellung nehmen.“ VG v. 29.2.1924, Nr. 9, S. 2.

<sup>84</sup> Vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 4.

<sup>85</sup> VG v. 4.1.1925, Nr. 1, S. 5.

<sup>86</sup> Vgl. VG v. 4.1.1925, Nr. 1, S. 5.

<sup>87</sup> VG v. 1.2.1924, Nr. 5, S. 4.

<sup>88</sup> VG v. 1.2.1924, Nr. 5, S. 3, siehe auch VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 1 f.

Das „internationale Kapital“ wurde von Stark nicht nur als wirtschaftlicher Gegner, sondern auch als politischer Feind dargestellt. Er behauptete, dass „die international zusammenarbeitenden Angehörigen des jüdischen Volkes eine wirtschaftliche, politische und geistige Herrschaft über das deutsche Volk sich angemaßt haben.“<sup>89</sup> Diese Argumentation zielte darauf ab, die demokratischen Institutionen und die wirtschaftliche Ordnung der Weimarer Republik zu delegitimieren. Die neuen Parteien – die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) und die NSDAP – waren nach Starks Auffassung die einzigen Parteien, „welche das deutsche Volk über seinen schlimmsten Feind, das internationale Kapital, aufklären wollen“<sup>90</sup>.

In einem Artikel zitierte Stark ausführlich aus Henry Fords antisemitischer Schrift „Der internationale Jude“<sup>91</sup>, um seine eigenen Thesen zu untermauern. Er präsentierte Ford als prominenten Leumund für die Existenz eines globalen jüdischen Netzwerks,<sup>92</sup> das darauf abziele, Deutschland zu unterjochen. Von diesem „jüdischen Weltprogramm“ gehe Gefahr für das deutsche Volk und Reich aus, es wäre getrieben vom „Streben von Angehörigen des jüdischen Volkes nach wirtschaftlicher, politischer und geistiger Herrschaft über das fremde Volk, in dem sie sich eingenistet haben.“<sup>93</sup>

Starks Vorschläge zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise waren – wenig überraschend – eng mit seiner völkischen Ideologie verknüpft. Er forderte eine nationale Wirtschaftspolitik, die auf Autarkie und Protektionismus beruhte. Gleichzeitig sprach er sich dafür aus, dass das deutsche Volk „die Herrschaft des international-jüdischen Kapitals abwerfen“<sup>94</sup> und die deutsche Wirtschaft von diesem befreien müsse. Dies sah er als zentralen Schritt zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität.

Diese Forderungen gingen einher mit der Konstruktion eines positiven Gegenbilds: des „nationalen Kapitalisten“, der angeblich im Interesse seiner Arbeiter und seines ganzen Volkes arbeite.<sup>95</sup> Im Gegensatz dazu wurde der „internationale Kapitalist“, den Stark als „jüdisch“ charakterisierte,<sup>96</sup> als eigenmütig und zerstörerisch dargestellt.<sup>97</sup>

Ein anderes Thema, das Stark in der *Volks-Gemeinschaft* aufgriff, war die Wirtschaftskrise und die Hyperinflation von 1923. Er sah in der rasant steigenden Geldentwertung einen weiteren Beweis für das Wirken der dunklen Mächte, die er für

---

89 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2, siehe auch VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 4.

90 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 4.

91 Ein Auszug aus FORD, Jude (wie Anm. 16), 2. Bd., Kapitel „Der amerikanische Disraeli – ein Über-Jude“.

92 In der zitierten Stelle skizziert Ford die seiner Auffassung nach unerhörte Einflussnahme Bernard M. Baruchs auf die US-Politik und dessen Verstrickung in das „jüdische Weltprogramm“. Baruch (1870–1965) war ein US-amerikanischer Finanzier, Börsenspekulant und Politikberater. Bereits vor 1925 zählte er zu den führenden Persönlichkeiten der Wall Street, prägte den Ersten Weltkrieg als Vorsitzender des War Industries Board und war ein zentraler Akteur in der Wirtschaftspolitik der frühen 1920er Jahre. Sein Einfluss blieb bis in die Nachkriegszeit spürbar, etwa durch den Baruch-Plan zur Kontrolle von Atomwaffen und den von ihm mit geprägten Begriff des Kalten Krieges.

93 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2.

94 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2.

95 Vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 3.

96 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 3.

97 Es gäbe international agierende Großkapitalisten, „die nur das Interesse haben, mit ihrem Gelde möglichst viel zu verdienen, [...] möge dabei auch das Volk, unter dem sie leben, sehr großen Schaden haben oder gar zu Grunde gehen.“, VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 3.

die wirtschaftliche Vereelendung der deutschen Bevölkerung verantwortlich machte. Stark argumentierte, dass die Inflation ein bewusstes Mittel sei, um Deutschland zu schwächen und seine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu zerstören. In einem Beitrag zur „Wertbeständigkeit des Geldes und der Geldanlage“ erläutert er die Problematik der Aufhebung der Goldbindung der Papierwährung.<sup>98</sup> Zugleich lobte er die Einführung der Rentenmark als die „Retterin der deutschen Wirtschaft und Wohltäterin am deutschen Volk“<sup>99</sup>. Diese Rentenmark sollte nun, so will es seine Verschwörungserzählung, „von der internationalen Judengoldnote aufgefressen werden“<sup>100</sup>. Diese Aussage verknüpfte wirtschaftliche Fakten mit antisemitischen Verschwörungserzählungen und verfestigte das skizzierte Feindbild, das sowohl emotionale als auch ideologische Wirkung entfaltete.

Stark schuf mit seinen Erklärungen ein populistisches Narrativ, das die komplexen wirtschaftlichen Probleme der Weimarer Republik auf einfache Feindbilder reduzierte. Er wollte Ressentiments schüren und die Bevölkerung gegen die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Strukturen mobilisieren. Der Kampf gegen das „internationale Kapital“ war somit nicht nur wirtschaftliche Propaganda, sondern ein wesentlicher Bestandteil von Starks völkischer Ideologie.

## 5. Historische Ereignisse als ideologische Belege

### 5.1 Der Versailler Vertrag

Der Versailler Vertrag von 1919 war einer der wichtigen ideologischen Angriffspunkte der *Volks-Gemeinschaft*. Johannes Stark stellte den Vertrag als Symbol der nationalen Unterdrückung und Demütigung dar und bettete seine Kritik in antisemitische und antideokratische Narrative ein. Die völkische Propaganda nutzte die harten Bedingungen des Vertrags, um die Weimarer Republik zu delegitimieren und die Notwendigkeit einer autoritären „nationalen Erneuerung“ zu postulieren.

Auch in der *Volks-Gemeinschaft* wurde der Vertrag als „Verbrechen“ und „Dokument der Entehrung und der Sklaverei“<sup>101</sup> bezeichnet. Stark leugnete die deutsche Kriegsschuld und erklärte, der Vertrag basiere auf einer Lüge, nämlich der alleinigen Schuld Deutschlands am Krieg.<sup>102</sup> Damit stellte er die Legitimität der Vertragsbedingungen und der damit verbundenen politischen Ordnung in Frage.

Hinter den Kulissen von Versailles sah Stark freilich eine jüdische Verschwörung am Werk. Er schrieb, dass „amerikanische, französische, deutsche, englische Finanzjuden“<sup>103</sup> den Vertrag gesteuert hätten, um Deutschland zu schwächen und

---

98 Vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 7.

99 VG v. 15.2.1924, Nr. 7, S. 4.

100 VG v. 22.2.1924, Nr. 8, S. 1.

101 Vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 4, siehe auch VG v. 18.1.1924, Nr. 3, S. 1 sowie VG v. 29.2.1924, Nr. 9, S. 1.

102 Vgl. VG v. 25.1.1924, Nr. 4, S. 2f.; der Krieg sei wesentlich durch England vorbereitet worden, vgl. VG v. 11.1.1924, Nr. 2, S. 1, VG v. 8.2.1924, Nr. 6, S. 1. Anderorts sieht er das internationale Kapital als treibenden Akteur, vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 3.

103 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 3.

ökonomisch auszubeuten. Damit stellte er nicht nur die Siegermächte, sondern auch jüdische Akteure in Deutschland selbst als Verräter dar.

Frankreich spielte in dieser Erklärung eine besondere Rolle. Er warf den Franzosen vor, den Vertrag genutzt zu haben, um Deutschland dauerhaft zu unterwerfen. „Das Ideal des Franzosen ist das Leben des Rentners“, polemisierte er, es sei „[...] ein herrlicher Gedanke für die Franzosen, daß außer den Farbigen in ihren Kolonien auch die gehaßten Deutschen für sie arbeiten und ihnen das Rentnerleben schaffen müssen!“<sup>104</sup> Diese antifranzösische Rhetorik verband sich mit dem Vorwurf, Frankreich verfolge eine gezielte Politik der Ausbeutung und Unterdrückung Deutschlands.

Andernorts interpretierte Stark den Vertrag auch als Ergebnis einer jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung. Die „jüdischen Bolschewistenführer Russlands“ hätten gemeinsam mit dem internationalen Kapital an der „Knebelung des deutschen Volkes“<sup>105</sup> gearbeitet. Diese Verschwörungserzählung diente dazu, unterschiedliche Feindbilder – Kapitalismus, Bolschewismus und Judentum – in einem einzigen Narrativ zu vereinen.

Mit der Kritik am Versailler Vertrag wollte Stark die demokratische Regierung der Weimarer Republik als schwach und verräterisch darstellen. Durch die Verknüpfung der Vertragsbedingungen mit antisemitischen Verschwörungserzählungen bot er eine einfache Erklärung für die komplexen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Nachkriegszeit und schuf einen Beleg für die Notwendigkeit einer völkischen und autoritären Umgestaltung Deutschlands.

## 5.2 Die Novemberrevolution 1918

Die Novemberrevolution von 1918, die das Ende des Kaiserreichs und den Beginn der Weimarer Republik markierte, wurde in der Wochenschrift ebenfalls als Verbrechen gegen das deutsche Volk dargestellt. Stark griff die sogenannte Dolchstoßlegende auf und bettete die Ereignisse in eine antisemitische und antidebakratische Argumentation. Für ihn war die Revolution ein Verrat von „inneren Feinden“, die Deutschland von innen heraus zerstört hatten.

Er übernahm damit die rechtsnationalistische Erzählung, dass Deutschland im Ersten Weltkrieg nicht militärisch besiegt worden sei, sondern durch die Revolution in der Heimat zu Fall gebracht wurde: „Der deutsche Riese hat vier Jahre lang dem Ansturm der Franzosen, der Engländer, Italiener und Amerikaner getrotzt. Gefällt wurde er zuletzt durch den Dolchstoß von hinten, durch die Revolution.“<sup>106</sup> Diese ahistorische Darstellung diente dazu, die Verantwortung für die Niederlage von der militärischen Führung abzulenken und sie stattdessen auf die demokratischen Kräfte und die Weimarer Regierung zu übertragen.

In der Wochenschrift wurde die Revolution von 1918 explizit als Werk jüdischer Akteure dargestellt<sup>107</sup> und behauptet, dass „überall Juden als Regierungsgewalthaber auftauchten“<sup>108</sup>. Stark führte aus, dass die unabhängige Sozialdemokratie „mit dem

---

104 VG v. 25.1.1924, Nr. 4, S. 2.

105 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 1.

106 VG v. 25.1.1924, Nr. 4, S. 3.

107 Vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2, 3.

108 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2. In der folgenden Aufzählung „jüdischer Regierungsgewalthaber“ nennt Stark sogar fälschlicherweise Karl Liebknecht, der evangelisch war, als Jude.

Gelde deutscher und russischer Juden in Heer und Flotte die Meuterei<sup>109</sup> anstiftete und damit das Kaiserreich zu Fall gebracht habe. Damit verband er seinen Antisemitismus mit der Ablehnung sozialistischer und demokratischer Bewegungen.

Stark brandmarkte die Weimarer Republik also als illegitim und von ihren Ursprüngen her als korrupt. Indem er die Revolution als das „größte Verbrechen“ und deren Akteure als Verräter am deutschen Volk bezeichnete, stellte er die demokratische Ordnung als unrechtmäßig dar. Die Novemberrevolution war für ihn nicht nur ein historisches Ereignis, sondern ein ideologisches Instrument, um Feindbilder zu schaffen und die Notwendigkeit einer autoritären Erneuerung Deutschlands zu betonen. Die Verbindung der Revolution mit antisemitischen und antikommunistischen Stereotypen erlaubte es ihm, die demokratischen Strukturen Weimars als Ergebnis eines Verrats darzustellen und damit eine völkische Alternative zu rechtfertigen.

### 5.3 Die Ruhrbesetzung

Die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen ab dem 11. Januar 1923 war ein wichtiges Ereignis in der frühen Weimarer Republik, das Stark propagandistisch nutzte. In seinen Artikeln stellte er auch die Ruhrbesetzung als Ausdruck einer fremdbestimmten Unterdrückung Deutschlands dar – und fand wieder antisemitische und antidemokratische Narrative, um sie zu erklären.

Für Stark war die Ruhrbesetzung ein Beleg für die Schwäche der Weimarer Republik und die Unterdrückung Deutschlands durch ausländische Mächte. In seinen Augen benutzte das französische Militär die Besetzung, um das nationale Kapital zu zerstören und das deutsche Volk seiner Arbeitskraft zu berauben; dass die Regierung Cuno die Besetzung zugelassen habe, sei eines von vielen „Verbrechen“ der regierenden Parteien.<sup>110</sup> Damit stellte Stark auch die Politik der Erfüllung, die von der Reichsregierung verfolgt wurde, als Verrat dar.

Er warf der Regierung vor, die nationale Souveränität Deutschlands aufgegeben zu haben, sie habe „das Ruhrgebiet den Franzosen und dem internationalen Kapital zu Füßen“ gelegt.<sup>111</sup> Die passiven Maßnahmen der Regierung waren für ihn ein Zeichen ihrer Unfähigkeit und ihres Verrats, er hingegen forderte die Bevölkerung zur nationalen Erhebung auf.

So boten auch die Ereignisse im Ruhrgebiet die Gelegenheit, die bestehende Erzählung von der globalen jüdischen Verschwörung weiter auszubauen. Stark behauptete, dass die Besetzung nicht nur den Interessen Frankreichs, sondern auch denen eines internationalen, jüdisch dominierten Finanznetzwerks diene. Das „internationale Kapital“ habe den französischen Militärstaat benutzt, um sich „das national-deutsche Schwerindustriekapital des Ruhrgebiets“ anzueignen.<sup>112</sup>

Die Ruhrbesetzung bot Stark auch einmal mehr Anlass für scharfe antifranzösische Polemik. Er spricht vom „französische[n] Vampyr [sic] an Deutschlands

---

109 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 4.

110 Vgl. VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 4.

111 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 4, siehe auch VG v. 25.1.1924, Nr. 4, S. 1. Bereits zwei Monate vorher kritisierte Stark Stresemann und dessen Politik harsch in einem Beitrag im WA v. 28.11.1923, Nr. 273. Die antikapitalistische und nationalistische – mitunter auch verschleiert antisemitische – Rhetorik des Artikels zielt darauf ab, Stresemanns Politik zu delegitimieren und eine Rückkehr zu einer national-konservativen Regierung ohne sozialistische Beteiligung zu propagieren.

112 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 3.

Schlagader“<sup>113</sup>, zeichnet das Bild Frankreichs als grausamer Besatzungsmacht, die Deutschland wirtschaftlich und politisch knechte. Besonders betonte er die Rolle der französischen Truppen, die er als Werkzeuge des internationalen Kapitals diffamierte, und forderte: „Lasset die französische Bestie die Zähne fletschen und losspringen, damit die bedrohten Staaten Europas sich aufmachen müssen, ihr die Knochen zu zerschlagen und sie in den Käfig zu sperren, wie schon einmal vor hundert Jahren!“<sup>114</sup>

Stark nutzte also auch die Ruhrbesetzung, um die demokratische Regierung der Weimarer Republik weiter zu delegitimieren. Er stellte deren Passivität als Beleg dafür dar, dass sie unfähig sei, die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten. Stattdessen forderte er eine nationalistische Regierung, die bereit sei, militärische Maßnahmen zu ergreifen und die Besatzungsmächte zu vertreiben. Die Aufgabe seiner Texte sah er darin, die Bevölkerung zu radikalisieren und für völkische Propaganda zu gewinnen.

Die Darstellung der Ruhrbesetzung in der *Volks-Gemeinschaft* ist ein typisches Beispiel dafür, wie Stark historische Ereignisse nutzt, um seine ideologische Agenda zu untermauern. Indem er die Besetzung mit antisemitischen und antidemokratischen Narrativen verknüpft, macht er sie zu einem zentralen Argument für die Notwendigkeit einer autoritären und völkischen Umgestaltung Deutschlands.

## 6. Menschen- und Weltbild von Johannes Stark

Johannes Starks Menschen- und Weltbild, wie es in der *Volks-Gemeinschaft* Ausdruck findet, war zutiefst von völkisch-nationalistischen und antisemitischen Vorstellungen geprägt. Seine Texte spiegeln eine klare Hierarchisierung von Menschen und Gesellschaft wider, die auf „Blut“, „Rasse“ und der Idee einer homogenen „Volksgemeinschaft“ basierte. Diese Vorstellungen verband er mit einer radikalen Ablehnung der Weimarer Demokratie und einem autoritären Politikverständnis.

Juden galten für ihn als „volksfremd“ und damit als Bedrohung für die Einheit des deutschen Volkes. In seinen Texten stellte er sie konsequent als bösartig und destruktiv dar: „Die Judenfrage wird bis jetzt sowohl von deutscher wie von jüdischer Seite falsch behandelt. Die meisten deutschen Zeitungen [...] hüten sich ängstlich vor der Kritik des jüdischen Einflusses.“<sup>115</sup> Für Stark war diese angebliche Zurückhaltung gegenüber Juden ein Zeichen von Schwäche und fehlendem Charakter.

Er ging sogar so weit, in der Auseinandersetzung zwischen „dem deutschen“ und „dem jüdischen“ Volk eine unausweichliche Konfrontation zu sehen: „Wie diese Auseinandersetzung erfolgen soll,“ so schreibt er, „hängt auch von den Juden selbst ab. Sie sollen nicht glauben, daß das deutsche Volk sich damit zufrieden geben kann, daß das internationale Judentum seine Herrschaft über das deutsche Volk unsichtbar macht. Das Ende der Auseinandersetzung kann nur das sein, daß das deutsche Volk von Deutschen nach deutscher Staatsauffassung regiert wird [...].“<sup>116</sup> Diese radikale

---

113 VG v. 15.2.1924, Nr. 7, S. 2.

114 VG v. 25.1.1925, Nr. 4, S. 3.

115 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2.

116 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 3.

Haltung ließ keinen Raum für Kompromisse<sup>117</sup> und ebnete gedanklich den Weg in den Holocaust.

Starks Politikverständnis war eng mit seiner Ablehnung der Demokratie und seines Glaubens an die Überlegenheit einer autoritären Herrschaft geknüpft. In der *Volks-Gemeinschaft* bezeichnete er die Weimarer Republik als „ein Unglück für das deutsche Volk“<sup>118</sup> und stellte den Parlamentarismus als eine Herrschaft des internationalen Kapitals dar. Für ihn waren die demokratischen Parteien „selbstsüchtige Betrüger des arbeitenden deutschen Volkes“<sup>119</sup> und Instrumente fremder Mächte.

Stark forderte eine Politik, die auf völkischer Einheit und starker Führung beruhte. In der Volksgemeinschaft sah er den zentralen Weg zur Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung, die er als Folge der Demokratie betrachtete. Für ihn war das autoritäre Führerprinzip der Schlüssel zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität; er sympathisierte spätestens 1924 mit Hitler<sup>120</sup> und verfasste in den folgenden Monaten Lobeshymnen auf ihn in völkischen Zeitungen.<sup>121</sup>

Stark verfolgte demnach eine zentrale propagandistische Absicht: die Mobilisierung für die völkische Bewegung. Indem er die Weimarer Republik als korrupt und zersetzend darstellte und die Volksgemeinschaft als harmonische, klassenlose Einheit glorifizierte, schuf er eine klare Dichotomie zwischen „guten Deutschen“ und „volksfremden Elementen“. Stark wollte eine emotional aufgeladene Zustimmung für völkische und autoritäre Ideale erzeugen.

## 7. Propaganda und historische Verantwortung

Die *Volks-Gemeinschaft* zeigt, wie Stark seine wissenschaftliche Reputation für völkische Propaganda nutzte. In nur neun Ausgaben vermittelte die Zeitschrift ein geschlossenes Weltbild, das durch Antisemitismus, Antidemokratie und die Glorifizierung einer „Volksgemeinschaft“ geprägt war. Starks Texte boten einfache Antworten auf komplexe gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen, indem sie die Schuld systematisch auf „volksfremde“ Kräfte projizierten.

Die zentralen Themen – Ablehnung der Weimarer Demokratie, Verherrlichung der Volksgemeinschaft, Kampf gegen das „internationale Kapital“ – wurden durch eine stark emotionalisierte und polemische Sprache vermittelt. Komplexe Sachverhalte wie die Wirtschaftskrise, die Ruhrbesetzung oder der Versailler Vertrag wurden in Verschwörungserzählungen eingebettet, die Juden als Hauptverantwortliche konstruierten.

Die *Volks-Gemeinschaft* verdeutlicht, wie völkisch-nationalistische Propaganda auf lokaler Ebene zur Radikalisierung beizutragen versuchte und eine Grundlage für

---

117 Nach Stark gelte es, „sich bereit[zu]machen, eines Tages die Sklavenketten mit Gewalt zu sprengen“, VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 4.

118 VG v. 18.1.1924, Nr. 3, S. 1.

119 Alle Zitate VG v. 8.2.1924, Nr. 6, S. 2.

120 Stark über den Hitlerprozess: „Hitler ist in diesem Prozeß nicht der Angeklagte; er ist der Ankläger. Er ist der Ankläger gegen [...] die Reichsregierungen seit der schmachvollen Revolution [...]. Die Juristen mögen Hitler für schuldig halten; das Volk spricht Hitler frei“, VG v. 22.2.1924, Nr. 8, S. 3, Herv. i. O.

121 Siehe STÖCKER, Nobelpreisträger (wie Anm. 5) S. 38 f.

die spätere Machttübernahme der Nationalsozialisten schuf. Indem Stark die Weimarer Republik als illegitim und zerstörerisch darstellte, lieferte er ideologische Munition für die Delegitimierung demokratischer Strukturen und die Rechtfertigung autoritärer Herrschaft.

Die historische Verantwortung von Akteuren wie Johannes Stark liegt nicht nur in der Verbreitung antisemitischer Ideologie, sondern auch in der bewussten Verzerrung von Tatsachen, um politische Ziele zu verfolgen. „Die grundlegende politische und wirtschaftliche Frage ist für die Gegenwart die Auseinandersetzung zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk“, schrieb Stark, man „muß den Verstand haben, diese Wahrheit zu erkennen, und man muß den Mut aufbringen, sie auch zu bekennen.“<sup>122</sup> Damit stellte er eine narrative Grundlage für die systematische Ausgrenzung und Verfolgung jüdischer Menschen bereit. Dass ein Nobelpreisträger wie Johannes Stark komplexe Probleme in den einfachen und menschenfeindlichen Antworten antisemitischer Verschwörungserzählungen suchte, steht in einem bemerkenswerten Widerspruch zu den Prinzipien wissenschaftlichen Denkens.

Nach dem Ende der *Volks-Gemeinschaft* setzte Johannes Stark seine antisemitische und völkische Propaganda fort. Bereits 1930 trat er der NSDAP bei (Mitgliedsnummer 228.726)<sup>123</sup> und stellte seine wissenschaftliche Reputation bereitwillig in den Dienst des Regimes. Als führender Vertreter der „Deutschen Physik“ bekämpfte er gemeinsam mit Philipp Lenard die Relativitätstheorie Albert Einsteins, die er als „jüdische Wissenschaft“ diffamierte, und propagierte stattdessen eine „arische Wissenschaft“, die seiner völkischen Ideologie entsprach.

Während der Zeit des Nationalsozialismus übernahm Stark bedeutende Positionen in der Wissenschaftspolitik. So wurde er 1933 Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt sowie der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. In diesen Ämtern setzte er das Führerprinzip durch und sorgte für die „Säuberung“ der deutschen Wissenschaft<sup>124</sup> von jüdischen Wissenschaftlern.<sup>125</sup> Wie Zeitgenossen konstatierten, war Stark jemand, der „leider auch Politik und Wissenschaft nicht zu trennen“<sup>126</sup> wusste.

Seine Schriften und öffentlichen Äußerungen aus dieser Zeit belegen,<sup>127</sup> dass er bis zuletzt ein überzeugter Verfechter der nationalsozialistischen Ideologie war.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Johannes Stark von den Alliierten verhaftet und im Rahmen der Entnazifizierung zunächst als Hauptschuldiger eingestuft. In einem Revisionsverfahren wurde er später lediglich als Mitläufer klassifiziert und zu einer Geldstrafe verurteilt.<sup>128</sup> Stark zeigte bis zu seinem Tod 1957

---

122 VG v. 4.1.1924, Nr. 1, S. 2.

123 Vgl. BArch, R 9361- IX KARTEI: 4246122 und 4246123 (Gaukartei).

124 Stark wurde 1937 aufgrund seiner besonderen Verdienste zum Ehrenmitglied des Instituts zur Erforschung von Judenfragen des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands ernannt, vgl. StAM, SpK München, Karton 2609 (Stark, Johannes), fol. 1 [Meldebogen v. 27.4.1946].

125 Siehe dazu auch seine programmatische Schrift Johannes STARK, Die Verjudung der deutschen Hochschulen, in: Nationalsozialistische Monatshefte, 8 (Nov. 1930), S. 360-370.

126 Neue Freie Presse v. 27.10.1923, Nr. 21240, S. 16.

127 Siehe bspw. Johannes STARK, Adolf Hitlers Ziele und Persönlichkeit, München 1930 (aus dem Werbetext: „Auch ein Gegner wird durch diese Schrift von der sieghaften Kraft des Führers und seiner Bewegung überzeugt werden“) oder Ders., Nationalsozialismus und Wissenschaft, München 1934 oder Ders., „Weiß Juden“ in der Wissenschaft, in: Das schwarze Korps. Zeitung der Schutzstaffeln der NS-DAP – Organ der Reichsführung SS, 3. Jg., 28 (15. Juli 1937), S. 6.

128 Vgl. StAM, SpK München, Karton 2609 (Stark, Johannes).

keine Reue für seine Rolle im Nationalsozialismus oder für sein Agieren vor 1933. Auch in seinen Lebenserinnerungen findet keine Distanzierung statt, im Gegenteil: Er präsentierte sich als Opfer von Intrigen und politischer Verfolgung und blendete seine Verantwortung vollständig aus.<sup>129</sup>

Starks Wirken verdeutlicht, wie tief seine völkischen und antisemitischen Überzeugungen in seiner Biographie verwurzelt waren und bis zu seinem Tod nachklangen. Die Verbindung von wissenschaftlicher Autorität und radikaler Ideologie, die bereits in der *Volks-Gemeinschaft* sichtbar wurde, fand im Nationalsozialismus ihre konsequente Fortsetzung. Stark war nicht Physiker und Nobelpreisträger auf der einen und in den Nationalsozialismus involviert auf der anderen Seite. Er war ein antisemitischer Physiker, völkischer Nobelpreisträger und nachhaltig überzeugter Nationalsozialist – als solcher sollte er erinnert, aber nicht länger geehrt werden.“<sup>130</sup>

---

129 Vgl. STARK, Erinnerungen (wie Anm. 15).

130 VG v. 25.1.1925, Nr. 4, S. 3.

aus

# Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg

Band 165 (2025)

